

Gründler, Klaus; Potrafke, Niklas

Research Report

Fiskalregeln und Wirtschaftswachstum: Wirtschaftspolitische Einschätzungen nach Erfolgen durch restriktive Fiskalregeln und expansiven Maßnahmen während der Coronakrise

ifo Forschungsberichte, No. 110

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Gründler, Klaus; Potrafke, Niklas (2020) : Fiskalregeln und Wirtschaftswachstum: Wirtschaftspolitische Einschätzungen nach Erfolgen durch restriktive Fiskalregeln und expansiven Maßnahmen während der Coronakrise, ifo Forschungsberichte, No. 110, ISBN 978-3-95942-080-8, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/223223>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Fiskalregeln und Wirtschaftswachstum

Wirtschaftspolitische Einschätzungen nach Erfolgen durch restriktive Fiskalregeln und expansiven Maßnahmen während der Coronakrise

Klaus Gründler, Niklas Potrafke



Fiskalregeln und Wirtschaftswachstum

Wirtschaftspolitische Einschätzungen nach Erfolgen durch restriktive Fiskalregeln und expansiven Maßnahmen während der Coronakrise

Forschungsbericht im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Autoren

Dr. Klaus Gründler

Prof. Dr. Niklas Potrafke (Projektleiter)

Die Autoren danken Philipp Heil, Maximilian Thomas und Niko Muffler für die wertvolle Unterstützung bei der Erstellung dieses Forschungsberichts. Herr Heil ist wissenschaftliche Hilfskraft im ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie. Herr Thomas und Herr Muffler waren zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Studie Praktikanten am ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie.

April 2020

ifo INSTITUT

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.

ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN: 978-3-95942-080-8

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlags ist es auch nicht gestattet, dieses Buch oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf andere Art zu vervielfältigen.

© ifo Institut, München 2020

Druck: ifo Institut, München

ifo Institut im Internet:
<http://www.ifo.de>

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	II
Executive Summary.....	III
1 Einleitung.....	1
2 Neue Studie zu Fiskalregeln und Wirtschaftswachstum	3
3 Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen und Coronakrise.....	10
4 Literaturverzeichnis.....	13

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Zusammenhang zwischen Fiskalregeln und Wirtschaftswachstum	3
Abbildung 2: Regionale Heterogenität in der Wirkung von Fiskalregeln	4
Abbildung 3: Konstitutionelle Fiskalregeln und Wirtschaftswachstum	5
Abbildung 4: Sub-nationale Fiskalregeln	6
Abbildung 5: Einstellung von Experten gegenüber Fiskalregeln	8
Abbildung 6: Entwicklung der deutschen Staatsverschuldung.....	11

Executive Summary

Die Coronakrise verlangt gegenwärtig expansive Fiskalpolitik.

Deutschland verfügt über die nötigen Spielräume für diese expansive Fiskalpolitik – nicht zuletzt deshalb, weil in der Vergangenheit Fiskalregeln wie die deutsche Schuldenbremse restriktivere Fiskalpolitik als in der Vergangenheit bewirkt haben. Diese Spielräume können nun zur Linderung der gegenwärtigen Rezession genutzt werden.

Fiskalregeln haben dazu geführt, Haushaltsdefizite und Verschuldungsquoten zu reduzieren.

Die realwirtschaftlichen Effekte von Fiskalregeln werden intensiv diskutiert. Zwei Theorien stehen sich gegenüber. Zum einen können Fiskalregeln durch die Reduktion der Staatsverschuldung und der Schaffung eines nachhaltigen und stabilen Staatshaushaltes positive Wachstumseffekte auslösen. Führen Fiskalregeln allerdings zu einer Reduktion öffentlicher Investitionen, so wird das Wirtschaftswachstum gebremst. Welcher Effekt überwiegt, ist eine empirische Frage. Unsere neue Studie zeigt, dass Fiskalregeln Wirtschaftswachstum nicht gebremst haben, im Gegenteil: Fiskalregeln haben das Wirtschaftswachstum beflügelt – sofern sie in der Verfassung verankert waren. Dies gilt sowohl für nationale als auch für regionale Fiskalregeln.

Deutschland muss nach Überstehen der Coronakrise langfristig zu einer restriktiveren Fiskalpolitik im Rahmen der Schuldenbremse zurückkehren. Die Coronakrise zeigt, wie unvermittelt Krisen auftreten können, die bei unzureichender Vorsorge volkswirtschaftlich nicht zu bewerkstelligen wären. Auch überdeckt die positive Haushaltslage der Bundesrepublik die Tatsache, dass es im Zuge des demografischen Wandels in naher Zukunft zu einer drastischen Veränderung des Verhältnisses zwischen Beschäftigten und Rentnern kommen wird. Diese Veränderung wird den Bundeshaushalt vor große Herausforderungen stellen. Die langfristige Tragfähigkeit der deutschen Finanzen ist bereits heute bedenklich. Die Schuldenbremse muss langfristig erhalten bleiben.

Fiskalregeln halten die Neuverschuldung gering und fördern Wirtschaftswachstum. Das sichert tragfähige Staatsfinanzen.

1 Einleitung

Kaum eine andere wirtschaftspolitische Frage hat im Laufe des letzten Jahres mehr Aufmerksamkeit erfahren, als die, ob der Staat erneut schuldenfinanzierte Fiskalpolitik betreiben sollte. Die Coronakrise verleiht der Chronik ungeahnte Dramatik. In diesem Forschungsbericht gehen wir ein auf die Debatte um die deutsche Schuldenbremse und die Wirkung von Fiskalregeln, unsere neue Studie zu Fiskalregeln und Wirtschaftswachstum, die Tragfähigkeit der deutschen Staatsfinanzen, die Coronakrise und die damit verbundene expansive Fiskalpolitik und das, was in der langen Frist zu tun ist.

Debatte um die deutsche Schuldenbremse und die Wirkung von Fiskalregeln

Die deutsche Schuldenbremse ist kürzlich in die Kritik geraten. Befürchtet wird, dass sie öffentliche Investitionen verdränge und es insbesondere in Zeiten niedriger Zinsen angezeigt wäre, die Schuldenbremse über Bord zu werfen, um schuldenfinanziert öffentliche Investitionen zu tätigen. Im Spätsommer 2019 war die Kritik einzelner so drastisch, dass einige Medien sich veranlasst sahen zu behaupten, dass kaum einer der deutschen Ökonomen noch die Schuldenbremse befürwortete. Das Stimmungsbild zur Schuldenbremse und Fiskalregeln ist differenzierter. Die Wirkungen von Fiskalregeln werden gegenwärtig in einigen Studien erforscht.

Die Ergebnisse des Ökonomenpanels von ifo und FAZ aus dem Oktober 2019 legen nicht nahe, dass die Schuldenbremse unter deutschen Ökonomen als überholt gilt (siehe Blum et al. 2019). Ganz im Gegenteil: 57% der teilnehmenden Ökonomen befürwortet ein Festhalten an der Schuldenbremse in Bund und Ländern. Darüber hinaus meinen 41% der Teilnehmer nicht, dass die Schuldenbremse öffentliche Investitionen verdränge. Vielmehr meinen 48% der Teilnehmer, dass eine Abschaffung der Schuldenbremse eher die Sozialausgaben als investive Ausgaben erhöhen würde.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat sich in seinem Jahresgutachten 2019 intensiv mit der Schuldenbremse auseinandergesetzt. Die Zins-Wachstums-Differenz als Argument für höhere Staatsverschuldung und eine Abschaffung der deutschen Schuldenbremse heranzuführen, überzeugt den Sachverständigenrat nicht. Gegenwärtige Situationen, in denen die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts höher als die Zinsen sind, können sich schnell ändern (Sachverständigenrat 2019). Wie schnell sich der Status Quo ändern kann, zeigt nicht zuletzt die rasante Dynamik im Rahmen der Coronakrise. Auch die Auswirkungen von Fiskalregeln auf öffentliche Investitionen sind diskutiert worden. Die bestehende empirische Evidenz legt nicht nahe, dass Fiskalregeln öffentliche Investitionen verdrängt haben (siehe beispielsweise Dahan und Strawczynski 2010, Bacchiocchi et al. 2011, Fuest et al. 2019). Doch sind diese Studien deskriptiv und bilden keine kausalen Effekte von Fiskalregeln auf öffentliche Investitionen ab. Nötig sind neue Studien, die kausale Effekte aufzeigen.

Wissenschaftliche Evidenz zur Wirkung von Fiskalregeln

Fiskalregeln können helfen politische Konjunkturzyklen zu verhindern. Die vom Nobelpreisträger William Nordhaus (1975) mitentwickelte Theorie der politischen Konjunkturzyklen beschreibt, dass Politiker aller politischen Couleur vor Wahlen einen Anreiz haben expansive Wirtschaftspolitiken zu betreiben um wiedergewählt zu werden. Zu expansiven Wirtschaftspolitiken gehören Erhöhungen von Staatsausgaben oder Steuersenkungen, die gerne schuldenfinanziert sind. Mit Wahlgeschenken gewonnen werden sollen zusätzliche Wählerstimmen. Staatsausgaben werden im Zuge solcher Politiken oftmals nicht effizient verteilt. Eine neue Studie von Gootjes (2020) zeigt nun, dass politische Konjunkturzyklen durch Fiskalregeln reduziert, wenn nicht gar ausgeräumt werden können.

Fiskalregeln erfüllen ihren originären Zweck im Reduzieren von Haushaltsdefiziten (Heinemann et al. 2018). Studien im internationalen Vergleich legen ebenso nahe, dass Verschuldungsquoten durch in den Verfassungen verankerten Fiskalregeln reduziert wurden (Asatryan et al. 2018). Auf subnationaler Ebene ist die Evidenz für die Vereinigten Staaten von Amerika gemischt (Eliason und Lutz 2018). Für die deutschen Bundesländer liegt noch keine Studie vor, die beschreibt, wie sich die Finanzpolitik in den Bundesländern entwickelt hat, welche die Schuldenbremse frühzeitig in den Landesverfassungen verankert haben.

Auch die empirische Evidenz zur Wirkung von Fiskalregeln auf die wirtschaftliche Entwicklung ist bis dato spärlich. Die Studien von Castro (2011) und Afonso und Jalles (2013) zeigen, dass die im Rahmen des Maastricht Vertrages und des Stabilitäts- und Wachstumspaktes eingeführten Fiskalregeln positive mit Wirtschaftswachstum in europäischen Ländern korreliert. Die Studien lassen jedoch wesentliche Fragen unbeantwortet. Zum einen liefern die Studien von Castro (2011) und Afonso und Jalles (2013) keine kausalen Effekte, sondern vielmehr konditionierte Korrelationen zwischen Fiskalregeln und Wirtschaftswachstum. Zum anderen beschränken sich die Studien im Wesentlichen auf supranationale Fiskalregeln in Mitgliedsstaaten der EU. Schlussfolgerungen für die Wachstumswirkung der deutschen Schuldenbremse lassen sich dadurch nicht ableiten.

Zielsetzung und Inhalt dieses Forschungsberichts

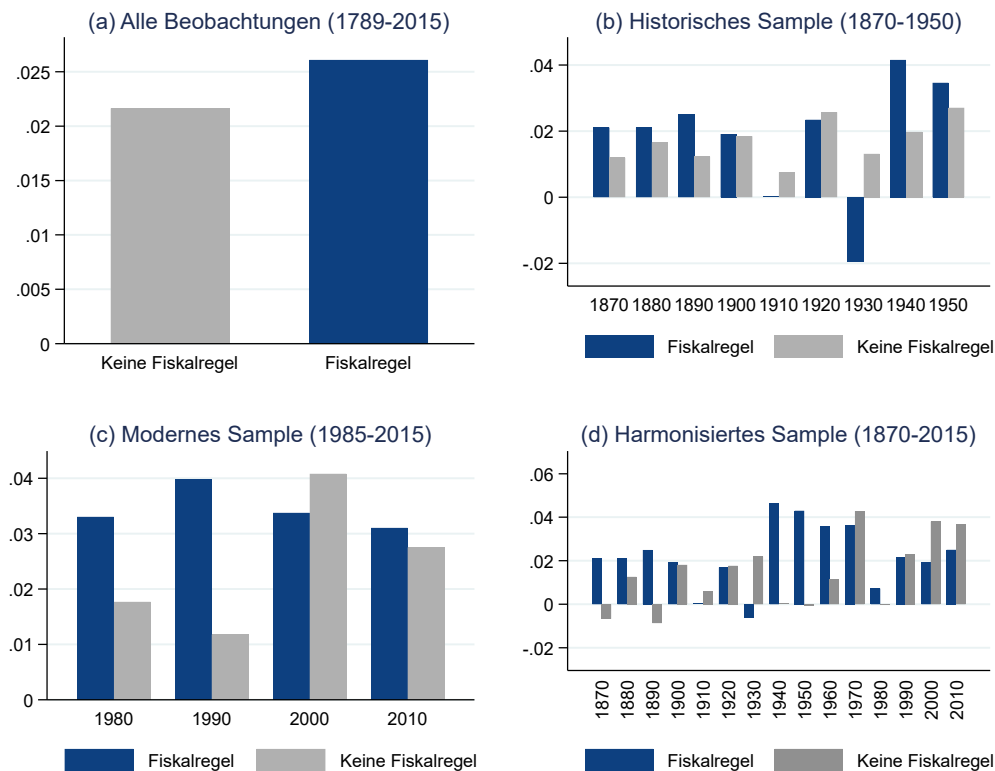
In einer neuen Studie (Gründler und Potrafke 2020) zeigen wir auf Basis von historischen, aktuellen und regionalen Daten, dass konstitutionelle Fiskalregeln im Mittel positive Wachstumseffekte auslösen. Dieser Forschungsbericht veranschaulicht die aus der Studie gewonnenen Erkenntnisse und diskutiert die Schlussfolgerungen vor dem Hintergrund der anhaltenden Coronakrise und der langfristigen Tragfähigkeit der deutschen öffentlichen Finanzen.

2 Neue Studie zu Fiskalregeln und Wirtschaftswachstum

In einer neuen Studie haben wir die Effekte von Fiskalregeln auf Wirtschaftswachstum untersucht (Gründler und Potrafke 2020). Ziel der Studie ist es einerseits, die Wirkung von Fiskalregeln auf breiter Ebene zu untersuchen. Die Studie erforscht die Wachstumswirkung von Fiskalregeln in historischem Kontext von der Industriellen Revolution bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs (1789-1950), in einem umfassenden Sample an Ländern über die vergangenen drei Jahrzehnte (1985-2015) sowie auf sub-nationaler Ebene für 206 Regionen in 10 Föderalstaaten (1992-2013). Zur Messung der Wachstumswirkung auf sub-nationaler Ebene wurde ein neuer Datensatz zusammengestellt, der Fiskalregeln aus den Verfassungen der 206 Bundesländer kodiert.

Abbildung 1: Zusammenhang zwischen Fiskalregeln und Wirtschaftswachstum

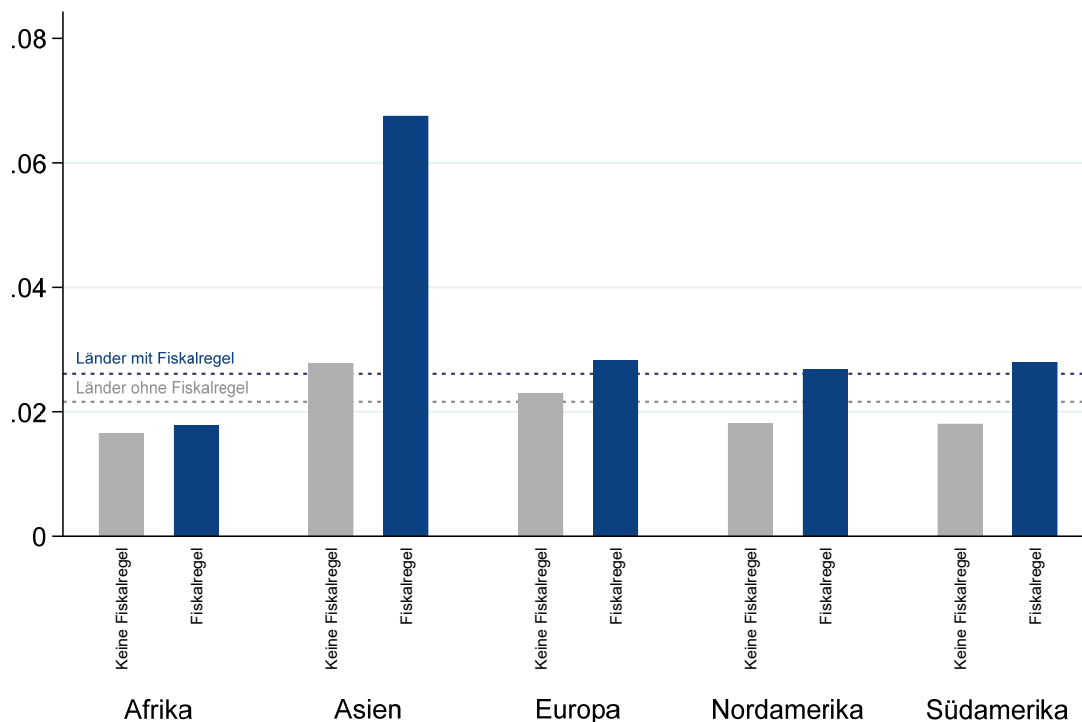
Länderebene, historisches und modernes Sample



Hinweis: Die Abbildung zeigt den deskriptiven Zusammenhang zwischen Fiskalregeln und Wirtschaftswachstum. Das historische Sample umfasst 54 Nationen, das moderne Sample basiert auf 88 Nationen. In allen Fällen wurden Daten für die maximal mögliche Anzahl von Nationen verwendet. Das harmonisierte Sample in (d) bezieht sich auf eine Gruppe von 26 Nationen, für die durchgängig Daten verfügbar sind.

Abbildung 2: Regionale Heterogenität in der Wirkung von Fiskalregeln

Durchschnitte in den Wachstumsraten nach Kontinenten



Hinweis: Die Abbildung zeigt den deskriptiven Zusammenhang zwischen Fiskalregeln und Wirtschaftswachstum im modernen Sample. Das Sample umfasst 88 Nationen. Die Zuordnung dieser Nationen zu einzelnen Kontinenten orientiert sich an der Klassifikation der Weltbank.

Das zweite Ziel der Studie ist die Identifikation eines kausalen Effekts. Um Aussagen über Kausalität treffen zu können, wurde eine Umfrage unter 1.224 renommierten ökonomischen Experten aus 109 Ländern durchgeführt. Die Experten arbeiten in der wirtschaftspolitischen Beratung an Universitäten, Forschungsinstituten, Botschaften, multinationalen Konzernen und internationalen Organisationen. Aus den Antworten der Experten leiten wir nationale Unterschiede in der Einstellung zu Fiskalregel ab, die als Instrumentalvariable für die Einführung von Fiskalregeln verwendet wird. Länderspezifische Unterschiede in fiskalischen Präferenzen sind in der Literatur hinreichend dokumentiert. Die Erfassung dieser Unterschiede stellt die Forschungsgemeinde jedoch vor Herausforderungen, da Fragen zur fiskalischen Einstellung bislang nicht in einem breiten Länderübergreifenden Survey ermittelt wurden.

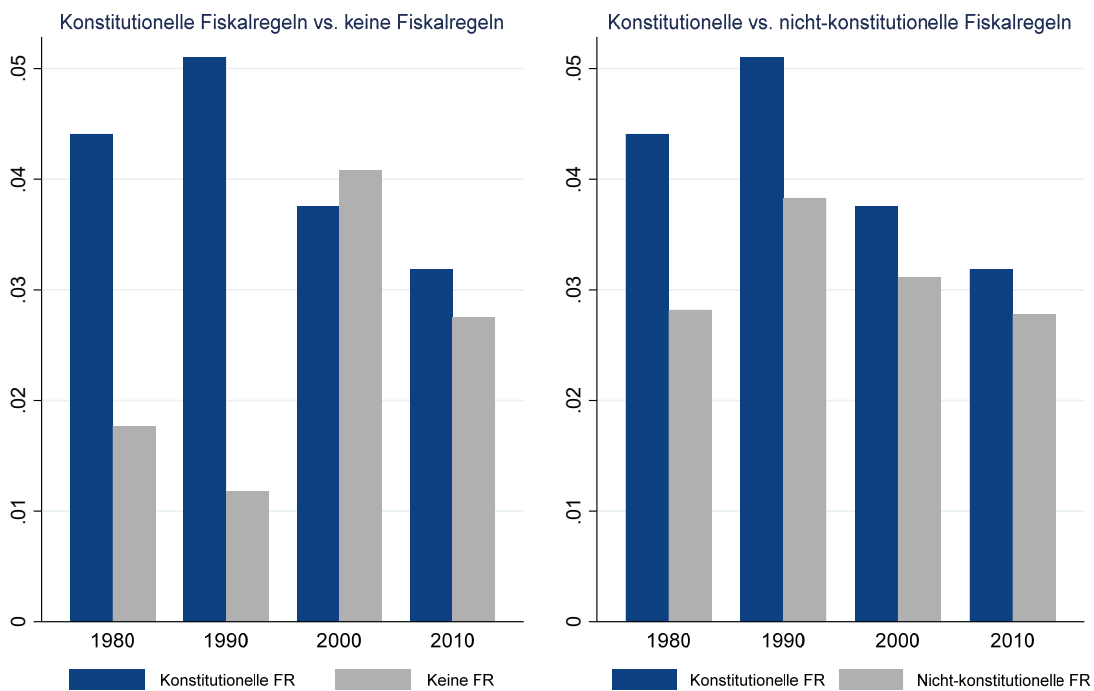
Die Ergebnisse der Studie legen nahe, dass Fiskalregeln positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung wirken. Abbildung 1 zeigt den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Fiskalregeln in verschiedenen Zeithorizonten. Grafik (a) zeigt, dass Länder mit Fiskalregeln über den gesamten Zeitraum zwischen 1780 und 2015 im Schnitt höhere Wachstumsraten verzeichnet haben als Länder ohne Fiskalregeln. Ein ähnliches Bild zeigen auch die Grafiken (b) bis (d), die den

Zusammenhang für unterschiedliche Zeithorizonte beleuchten. Während Fiskalregeln in historischer Sicht und für den Zeitraum der 1980er und 1990er Jahre stark mit Wirtschaftswachstum korrelieren, schwindet der positive Zusammenhang ab den 2000er Jahren.

Eine mögliche Ursache für den Rückgang der positiven Korrelation zwischen Fiskalregeln und Wirtschaftswachstum liegt in regionaler Heterogenität. Abbildung 2 betrachtet den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Fiskalregeln für verschiedenen geografische Regionen. Wie sich zeigt, ist die positive Korrelation zwischen Fiskalregeln und Wirtschaftswachstum insbesondere in Asien stark ausgeprägt. Der grundsätzlich positive Gleichlauf findet sich jedoch in allen Kontinenten.

Abbildung 3: Konstitutionelle Fiskalregeln und Wirtschaftswachstum

Wachstumsraten in Ländern mit konstitutionellen (in der Verfassung verankerten) Fiskalregeln und Ländern ohne (konstitutionelle) Fiskalregeln (FR)



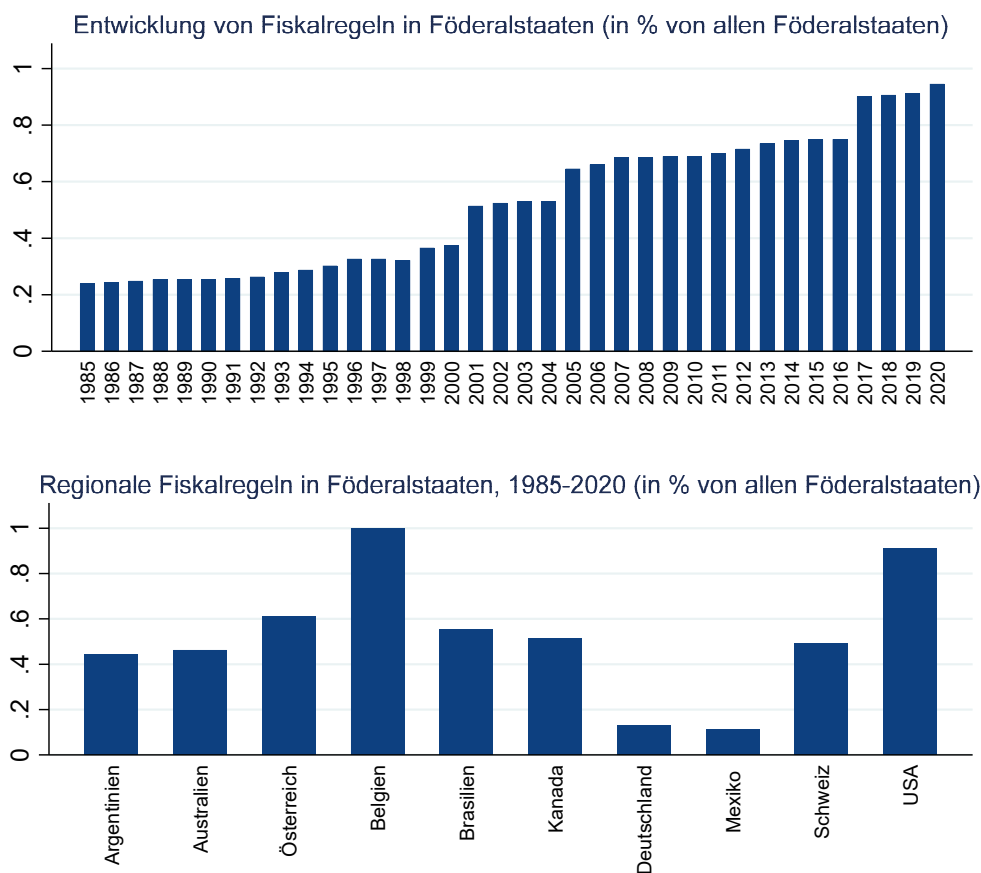
Hinweis: Die Abbildung zeigt den deskriptiven Zusammenhang zwischen Fiskalregeln und Wirtschaftswachstum im modernen Sample. Das Sample umfasst 88 Nationen. Die Zuordnung dieser Nationen zu einzelnen Kontinenten orientiert sich an der Klassifikation der Weltbank.

Eine weitere Ursache für das Schwinden der positiven Korrelation seit den 2000er Jahren liegt in Unterschieden in der Gestaltung von Fiskalregeln. So können Fiskalregeln aus Regierungsbeschlüssen, Koalitionsvereinbarungen oder multinationalen Abkommen entstehen. Die strengste

Form von Fiskalregeln sind jedoch Beschränkungen, die direkt in der Verfassung verankert wurden. Abbildung 3 betrachtet Unterschiede in den Wachstumsraten von Ländern mit konstitutionellen (d.h. in der Verfassung verankerten) Fiskalregeln und Ländern ohne Fiskalregeln (linke Grafik) bzw. Ländern mit nicht-konstitutionellen Fiskalregeln (rechte Grafik). Beide Grafiken zeigen, dass konstitutionelle Fiskalregeln stark mit Wachstum korrelieren. Der Zusammenhang ist insgesamt stärker als in Abbildung 1, in der alle Fiskalregeln unabhängig von der rechtlichen Strenge betrachtet werden. Hinsichtlich der Wachstumswirkung ist folglich entscheidend, wie bindend Fiskalregeln formuliert sind. Nur wenn keine oder wenige Umgehungsmöglichkeiten seitens der Politik bestehen, können Fiskalregeln ihre Wachstumseffekte entfalten.

Abbildung 4: Sub-nationale Fiskalregeln

Die Entwicklung von sub-nationalen Fiskalregeln in Föderalstaaten



Hinweis: Die Abbildung zeigt die Entwicklung von sub-nationalen Fiskalregeln insgesamt, d.h. für alle 206 Bundesländer im Daten-satz (obige Grafik) sowie für die einzelnen Föderalstaaten (untere Grafik).

Fiskalregeln können auf nationaler sowie auf regionaler Ebene in den Verfassungen verankert werden. Bislang existiert keine empirische Evidenz über die Verbreitung und Wirkung von subnationalen Fiskalregeln, die in den jeweiligen Landesverfassungen verankert sind. Abbildung 4 zeigt den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und konstitutionellen Fiskalregeln auf subnationaler Ebene. Datenbasis ist unsere neu zusammengestellte Datenbank zu regionalen Fiskalregeln in Föderalstaaten. Der Fokus auf Föderalstaaten ist entscheidend, da die Länderregierungen in diesen Staaten die Hoheit über die regionalen öffentlichen Finanzen besitzen. Die Verankerung von subnationalen Fiskalregeln in Landesverfassungen hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen (siehe obere Grafik von Abbildung 4). Im Vergleich zu anderen Föderalstaaten sind Fiskalregeln in Deutschland in Form der Schuldenbremse ein relativ junges Phänomen. Auch auf subnationaler Ebene ist die Korrelation zwischen Wirtschaftswachstum und konstitutionellen Fiskalregeln positiv.

Der kausale Effekt von Fiskalregeln auf Wirtschaftswachstum

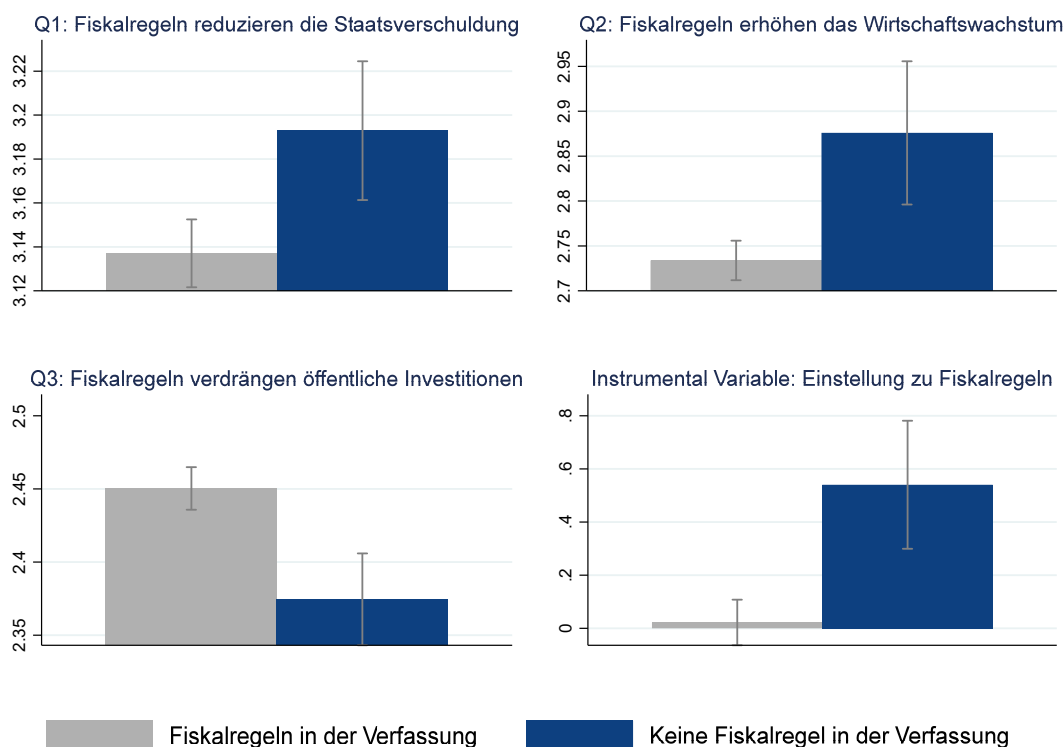
Die deskriptiven Ergebnisse liefern erste Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Fiskalregeln, lassen jedoch keine kausalen Schlüsse zu. Wenngleich Fiskalregeln und Wirtschaftswachstum positiv korreliert sind aus historischer, moderner und regionaler Sicht, ist nicht ausgeschlossen, dass der Zusammenhang umgekehrt verläuft, dass also beispielsweise eine günstige wirtschaftliche Entwicklung zur Einführung von Fiskalregeln führt. Zudem ist es denkbar, dass dritte Variablen mit der Einführung von Fiskalregeln und der wirtschaftlichen Entwicklung korrelieren und so den dargestellten Zusammenhang verzerren. In unserem empirischen Modell adressieren wir diese statistischen Bedenken.

Unser empirisches Modell beinhaltet fixe Ländereffekte, um für unbeobachtete zeitinvariante Störfaktoren (Institutionen, Kultur, Geografie) zu kontrollieren. Zudem spezifizieren wir einen dynamischen BIP-Prozess, um die Einführung von Fiskalregeln aufgrund von ökonomischen Faktoren auszuschließen. Um Verzerrungen durch zeitvariante unbeobachtete Störfaktoren auszuschließen, verwenden wir nationale Einstellungen gegenüber Fiskalregeln als Instrumentalvariable. Um diese Einstellungen zu messen, wurde eine internationale Befragung unter ökonomischen Experten durchgeführt welche in der wirtschaftspolitischen Beratung an Universitäten, Forschungsinstituten, Botschaften, multinationalen Konzernen und internationalen Organisationen tätig sind. Experten eignen sich gut zur Ableitung nationaler Einstellungen gegenüber Fiskalregeln, da Experten die öffentliche Meinung prägen und Politiker in der Gestaltung der Fiskalpolitik beraten. Die Befragungen von Politikern hätte den Nachteil, dass diese direkt von Fiskalregeln beeinflusst werden, die Präferenzen gegenüber einem repräsentativen und informierten Bürger vermutlich nach unten verzerrt wäre. Die Befragung von Haushalten hätte den Nachteil, dass Individuen aufgrund der sehr spezifischen Fragestellung mit Einschätzungen von Fiskalregeln überfordert wären. Experten, welche dieselbe Sozialisierung wie Nicht-Experten erlebt haben, können als informierte Repräsentanten eines jeden Landes interpretiert werden.

Dass es systematische und länderunabhängige Unterschiede zwischen Experten und Nicht-Experten geben kann, ist für die Analyse kein Problem, denn diese systematische Effekte gelten für jedes Land, kürzen sich also mithin heraus.

Abbildung 5: Einstellung von Experten gegenüber Fiskalregeln und Design der Instrumentalvariablen

Fragen aus der Expertenbefragung im März 2020. Gefragt wurden 1.224 Experten in 109 Ländern.



Hinweis: Die Abbildung zeigt die Einschätzung von Experten aus Nationen mit (blau) und ohne (grau) Fiskalregeln in der Verfassung. Die Grafik unten rechts zeigt die Instrumentalvariable, die mithilfe der PCA-Methode aus den Antworten von Fragen Q1 bis Q3 erstellt wurde. Die vertikalen Linien zeigen das 90% Konfidenzintervall.

Abbildung 5 zeigt die Ergebnisse unserer drei Kernfragen, die wir mithilfe der Principal Components Methode (PCA) zu einem Index aggregieren, der länderspezifische Einstellungen zu fiskalischen Beschränkungen misst. Die Ergebnisse deuten auf signifikante Unterschiede in der Einstellung von Experten in Ländern mit und Ländern ohne Fiskalregeln hin. So sind Experten in Ländern mit konstitutionellen Fiskalregeln im Mittel eher der Ansicht, dass Fiskalregeln die Staatsschuld reduzieren, das Wachstum ankurbeln und nicht schädlich auf die öffentlichen Investitionen wirken. Die Unterschiede sind statistisch signifikant. Die Instrumentalvariable zeigt deutliche Unterschiede in der Einstellung zu Fiskalregeln zwischen Ländern mit und Ländern ohne in der Verfassung verankerten Fiskalregeln.

Die Ergebnisse der empirischen Schätzung bestätigen den positiven Wachstumseffekt, den die deskriptiven Statistiken zeigen. Der über viele Perioden kumulierte langfristige Effekt einer permanenten Einführung von Fiskalregeln beträgt 18%. Das bedeutet, dass Länder mit konstitutionellen Fiskalregeln in der langen Frist um 18% höheres reales BIP pro Kopf haben, als Länder ohne Fiskalregeln. Dieser Effekt stellt sich über einen sehr langen (theoretisch unendlichen) Zeithorizont ein. Unsere Studie zeigt außerdem, dass der Effekt über die Reduktion der Staatsverschuldung einsetzt, die ihrerseits stark negative Wachstumseffekte auslösen kann (Reinhart et al. 2012).

3 Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen und Coronakrise

Die Ergebnisse der Studie sind vor dem Hintergrund der Frage nach der Tragfähigkeit der deutschen Staatsfinanzen relevant. Auch in Hinblick der Belastungsprobe durch die Coronakrise ergeben sich dadurch wichtige Implikationen für die langfristige Gestaltung der deutschen Fiskalpolitik.

Tragfähigkeit der deutschen Staatsfinanzen

Das Einhalten der Maastricht-Kriterien ist Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten schwergefallen. Das Verhältnis aus Verschuldung und BIP lag zuletzt im Jahr 2002 unter dem vertraglich festgeschriebenen Niveau von 60%. Als Reaktion auf die hohe und steigende Staatsverschuldung beschlossen Bund und Länder im Jahr 2009 die Einführung der deutschen Schuldenbremse. Die Staatsverschuldung, die sich in der Spitze im Jahr 2010 auf 82,4% des BIP belief, sank im vergangenen Jahrzehnt stetig und erreichte im Jahr 2019 schließlich zum ersten Mal seit 17 Jahren die Maastricht-Grenze. Diese durch die positive konjunkturelle Lage erreichte Entwicklung täuscht jedoch über die erheblichen künftigen Herausforderungen hinweg.

Am 11. März 2020 hat das Bundesfinanzministerium den Fünften Tragfähigkeitsbericht vorgelegt, für den wir gemeinsam mit Martin Werding und Ko-Autoren die Modellrechnungen angefertigt haben (Werdning et al. 2020). Die Erkenntnisse aus diesen Modellrechnungen sind alarmierend – auch wenn sie im Zuge der sich Anfang März anbahnenden Coronakrise medial völlig untergegangen sind.

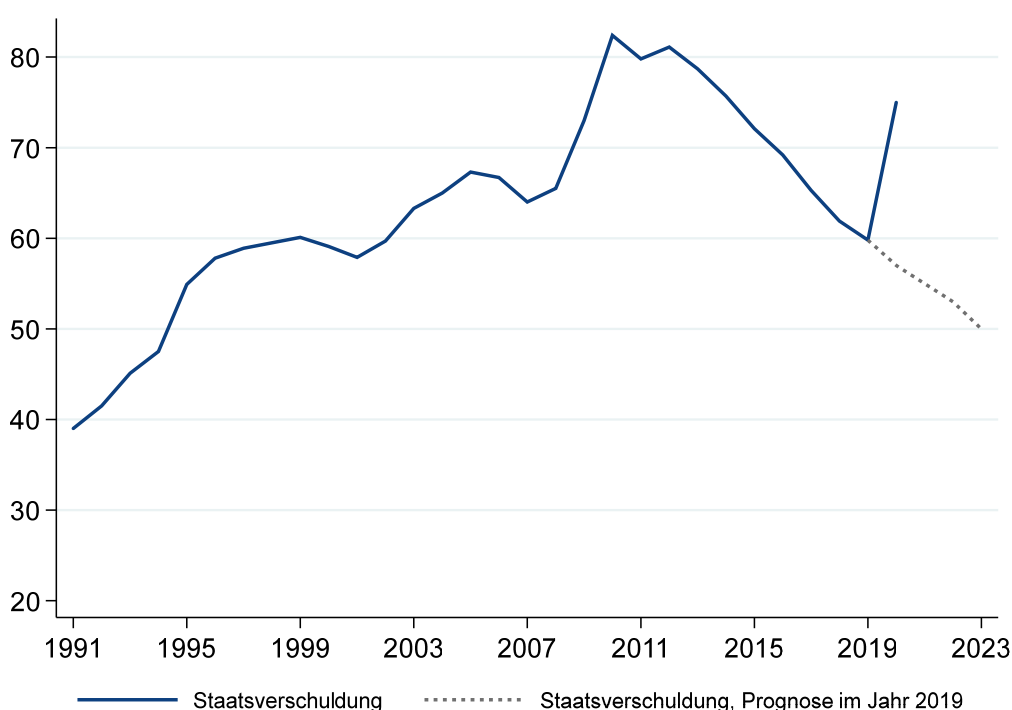
Die Tragfähigkeitslücke der deutschen Staatsfinanzen hat sich im Vergleich zum vorherigen Tragfähigkeitsbericht aus dem Jahr 2016 vergrößert. Um langfristig tragfähig zu sein, muss der Bund unter der Annahme keiner Politikveränderungen – expansive Fiskalpolitiken wie gegenwärtig im Zuge der Coronakrise und das drastisch sinkende Wirtschaftswachstum sind dabei nicht berücksichtigt – in Zukunft pro Jahr einen Haushaltsüberschuss (primärer Finanzierungssaldo des gesamtstaatlichen Haushalts) von – je nach Szenario – 1,5% bis 4,1% des BIP erwirtschaften. Maßgeblich für die sich vergrößernde Tragfähigkeitslücke ist im Wesentlichen der demographische Wandel, der, wie schon seit Jahren bekannt, in naher Zukunft mit Wucht zuschlagen wird. Die überaus positive Situation der vergangenen Jahre verschleiert diesen Trend, sodass die Situation der öffentlichen Finanzen gegenwärtig stabiler erscheint, als dies langfristig der Fall sein wird. Durch die eingegangenen Verpflichtungen ist die implizite Staatsverschuldung, also jene Verschuldung, die in Zukunft aufgrund heutiger Regelungen eintreten wird, um ein Vielfaches höher.

Coronakrise, expansive Fiskalpolitik und Ausblick

Die Coronakrise stellt Deutschland und die Welt vor ungeahnte Herausforderungen. Die Argumente der Gegner strikter Fiskalregeln, die beispielsweise zum Aufweichen oder gar Abschaffen der deutschen Schuldenbremse beitragen sollten, waren bereits vor Ausbruch der Coronakrise nicht überzeugend. Hätten wir wirklich eine Wette auf die Zukunft eingehen sollen (die Zinsen werden schon auf ewig niedriger als die Wirtschaftswachstumsrate bleiben)? Die Coronakrise zeigt nun, dass es doppelt richtig war, den Kritikern der Schuldenbremse bereits seit dem Sommer 2019 entgegen zu treten. Jetzt ist wirklich Not am Mann, jetzt muss der Staat expansive Fiskalpolitiken betreiben und das Pulver ist nicht bereits verschossen.

Abbildung 6: Entwicklung der deutschen Staatsverschuldung

Staatsverschuldung in % des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland. Tatsächlicher Verlauf und neuer Schätzwert für 2020 (blau) gegenüber prognostizierter Entwicklung im Jahr 2019 (grau).



Hinweis: Die Abbildung zeigt den tatsächlichen Verlauf der Staatsverschuldung in Deutschland sowie den aktuellen Prognosewert für das Jahr 2020 (blau) und vergleicht die Entwicklung mit der Prognose des Bundesfinanzministeriums aus dem Jahr 2019. Die Zeitreihen zur Entwicklung der Staatsverschuldung stammen von der Deutschen Bundesbank, die Prognosen stammen aus den BMF-Projektionen 2019.

Die Schuldenbremse ist bewusst so konstruiert, dass im Falle von Naturkatastrophen und außergewöhnlichen Notsituationen vom Neuverschuldungsverbot abgewichen werden kann. Abweichungen werden im Bund mit absoluter Mehrheit im Bundestag beschlossen, in einigen Bundesländern, die die Schuldenbremse in ihren Landesverfassungen verankert haben, ebenso mit absoluter oder Zweidrittelmehrheit in den Landtagen. Bayern war das erste Bundesland, das am 18. März 2020 das Abweichen vom Neuverschuldungsverbot im Landtag beschlossen hat. Im Bund wurde der Beschluss am 23. März 2020 gefasst. Zum 27. März 2020 haben Bundestag und Bundesrat einen Nachtragshaushalt in Höhe von 156 Mrd. Euro freigemacht. Eine Maßnahme, die von einer überwältigenden Mehrheit der am letzten Ökonomenpanel teilnehmenden Professorinnen und Professoren für angemessen bewertet wurde (Blum et al. 2020).

Die Ausmaße der Coronakrise sind nicht abzusehen. Staatsverschuldungsquoten werden sich drastisch durch einerseits neue Schulden (Zähler der Quote) und einbrechendes BIP (Nenner der Quote) verschlechtern. Abbildung 6 zeigt die dramatischen Auswirkungen der Coronakrise. Die blaue Linie veranschaulicht die historische Entwicklung der deutschen Staatsschuldenquote sowie den aktuellen Prognosewert für das Jahr 2020. Die graue Linie zeigt die wahrscheinlichste Entwicklung ohne die Coronakrise, die sich aus den Prognosewerten des Bundesfinanzministeriums aus dem Jahr 2019 ergibt. Gegenwärtig rechnet das Bundesfinanzministerium damit, dass die Staatsverschuldung durch die getroffenen Maßnahmen noch in diesem Jahr auf 75% des BIP ansteigen wird. Diese aus heutiger Sicht eher konservative Einschätzung bedeutet zum einen, dass die Konsolidierungsmaßnahmen der vergangenen sechs Jahre aufgebraucht werden. Zuletzt lag die Staatsverschuldung im Jahr 2014 auf dem Niveau von 75%. Zum anderen bedeutet der Anstieg, dass die Coronakrise für das Jahr 2020 zu einem Anstieg der Staatsverschuldung von knapp 20 Prozentpunkten geführt, vergleicht man die gegenwärtige Entwicklung mit den Prognosen aus dem Vorjahr. Für die Jahre 2021 bis 2023 könnte sich dieser Unterschied noch verschärfen.

Es ist richtig, dass Bund und Länder entschlossen und massiv mit höheren Schulden auf die Coronakrise reagieren. Nach Überstehen der Krise muss die Neuverschuldung ebenso drastisch zurückgefahren und die Schuldenbremse eingehalten werden. Vor dem Hintergrund der ohnehin langfristig nur bedingt tragfähigen Staatsfinanzen ist der jüngste Sprung der Staatsverschuldung besorgniserregend. Die Coronakrise zeigt, wie unvermittelt Krisen auftreten können, die bei unzureichender Vorsorge volkswirtschaftlich nicht zu bewerkstelligen wären. Fiskalregeln tragen dazu bei, Neuverschuldung zu reduzieren und Wirtschaftswachstum zu beflügeln. Das sichert tragfähige Staatsfinanzen.

4 Literaturverzeichnis

- Afonso, A., und Jalles, T. (2013), Do fiscal rules matter for growth? *Applied Economics Letters* 20, 34-40.
- Asatryan, Z., Castellón, C. und Stratmann, T. (2018), Balanced budget rules and fiscal outcomes: Evidence from historical constitutions, *Journal of Public Economics* 167, 105-119.
- Bacchiocchi, E., Borghi, E. und Missale, A. (2011). Public investment under fiscal constraints, *Fiscal Studies* 32, 11-42.
- Blum, J., Gründler, K., de Britto Schiller, R., und Potrafke, N. (2019), Die Schuldenbremse in der Diskussion – Teilnehmer des Ökonomenpanels mehrheitlich für Beibehaltung, *ifo Schnelldienst* 72(22), 27-33.
- Blum, J., Mosler, M., Potrafke, N., und Ruthardt, F. (2020), Ökonomenpanel: Wie bewerten Ökonom*innen die wirtschaftspolitischen Reaktionen auf die Coronakrise?, *ifo Schnelldienst* 73(4), 48-51.
- Castro, V. (2011), The impact of the European Union fiscal rules on economic growth, *Journal of Macroeconomics* 33, 313-326.
- Dahan, M. und Strawczynski, M. (2010). Fiscal rules and the composition of government expenditures in OECD countries, *Journal of Policy Analysis and Management* 32, 484-504.
- Eliason, P., und Lutz, B. (2018), Can fiscal rules constrain the size of government? An analysis of the “crown jewel” of tax and expenditure limitations, *Journal of Public Economics* 166, 115-144.
- Fuest, C., Gründler, K. und Potrafke, N. (2019), Für eine nachhaltige Finanzpolitik mit der Schuldenbremse, *Wirtschaftsdienst*, 99. Jahrgang, Heft 5, 307-329.
- Gootjes, B., de Haan, J., und Jong-A-Pin, R. (2020), Do fiscal rules constrain political budget cycles? *Public Choice*, im Erscheinen.
- Gründler, K., und Potrafke, N. (2020), Fiscal rules: Historical, Modern, and Sub-National Growth Effects, *Working Paper*.
- Heinemann, F., Moessinger, M.-C., und Yeter, M. (2018), Do fiscal rules constrain fiscal policy? A meta-regression analysis, *European Journal of Political Economy* 51, 69-92.
- Nordhaus, W. (1975), The political business cycle, *Review of Economic Studies* 42, 169–190.

Literaturverzeichnis

Reinhart, C. M., Reinhart, V., and Rogoff, K. S. (2012), Public debt overhangs: Advanced episodes since 1800. *Journal of Economic Perspectives* 26, 69-86.

Sachverständigenrat (2019), Den Strukturwandel meistern – Jahresgutachten 2019/2020, *Wiesbaden*.

Werding, M., Gründler, K., Läßle, B., Lehmann, R., Mosler, M. und Potrafke, N. (2020), Modellrechnungen für den Fünften Tragfähigkeitsbericht des BMF.